

23.05.2014

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS  
MATFELDT MdB**  
VERDEN – OSTERHOLZ

# BUNDESTAG AKTUELL

*Liebe Freunde,*

vom 22. bis 25. Mai 2014 wählen rund 400 Millionen Menschen auf unserem Kontinent ihr gemeinsames Parlament neu. Etwa ein Achtel der 751 Sitze werden über die deutschen Wahllisten bestimmt. Abgeordnete aus inzwischen 28 Staaten werden ihre Mandate im Europäischen Parlament erstmals oder erneut antreten. Welch ein Kontrast zu der Zeit vor 100 Jahren, als die Völker Europas auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg waren. Heute sichern wir Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent gemeinsam. Die Völker Europas können stolz darauf sein, was sie in den letzten Jahrzehnten gemeinsam erreicht haben. Dem fühlen wir uns verpflichtet. In einem gemeinsamen Wahlauftritt von CDU und CSU für die Europawahl machen wir deutlich, dass die Union die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung als ein Werk des Friedens fortschreiben will. Darin heißt es u.a.:

Deutschland geht es nur gut, wenn es auch Europa gut geht. Das Exportland Deutschland ist in besonderer Weise auf Europa als Wirtschaftsraum angewiesen. Wir brauchen einen stabilen Euro. Eine stabile Währung ist die Voraussetzung für Wohlstand und Arbeit in Europa. Es ist wichtig, den von CDU und CSU geprägten Weg der Solidität und Eigenverantwortung weiterzugehen. Wir wollen keine EU-Steuern und keine Vergemeinschaftung der Schulden. Eurobonds lehnen wir entschieden ab. Alle Staaten müssen für ihre Schulden selbst haften. Die Finanzkrise in Europa ist noch nicht überwunden. Der Kurs der unionsgeführten Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze muss fortgeführt werden.

Wir wollen ein bürgernahes Europa. Wir wollen ein Europa mit Chancen für alle. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten von CDU und CSU. Machen wir von unserem Wahlrecht Gebrauch, stärken wir Deutschland, stärken wir Europa!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Matfeldt'.

## Berufliche Bildung stärken

Eine fundierte Berufsbildung garantiert eine sichere Lebens- und Berufsperspektive. Unsere duale Ausbildung gewinnt weltweit immer neue Anhänger und ist ein beliebter Exportartikel. In Deutschland selbst aber beobachten wir eine Verschiebung der Gewichte. Der Berufsbildungsbericht 2014 weist eine Zahl auf, die schon seit einiger Zeit für Gesprächsstoff sorgt: Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Studierenden in Deutschland erstmals die Zahl derjenigen Personen überschritten, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen. In diesem Jahr sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge weiter auf 530.000, den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Mehr als 30.000 Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden. Der Wissenschaftsrat sieht den stark zunehmenden Trend zur gymnasialen Schulbildung kritisch. Immer mehr Studierende scheitern, besonders in den technischen Fächern. Insgesamt verlässt jeder vierte Studierende die Hochschule ohne Abschluss. Diese Quote ist im Berufsbildungssystem nur halb so hoch. Der Wissenschaftsrat plädiert daher für eine indirekte Steuerung der Ausbildungsentscheidungen von Schulabgängern – etwa durch die Anpassung von Studienplatzkapazitäten an den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft und an die finanziellen Möglichkeiten des Staates. Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland rund 200 Gender-Lehrstühle gerade einmal vier Lehrstühlen zur Batterieforschung gegenüberstehen, gewinnen solche Überlegungen an Gewicht. Das duale Bildungssystem ist ein wesentlicher Standortvorteil unseres Landes und sorgt für den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft wie auch die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen. Eine weitere besondere Stärke Deutschlands ist die Ausbildung junger Menschen in kleinen und mittleren Unternehmen. Wir müssen diese Standortvorteile pflegen und dürfen Verbesserungen zur Sicherung und Stärkung des Systems nicht auf die lange Bank schieben. Unsere Vorschläge dazu betreffen Maßnahmen für einen besseren Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung, etwa die sogenannten Bildungsketten.

## Besuch bei der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA)

In dieser Woche findet noch bis Sonntag die Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung, kurz ILA, in Berlin statt. Als Haushaltsausschuss-Berichtersteller für das Bundeswirtschaftsministerium fällt auch das Budget der Luft- und Raumfahrt in meinen Verantwortungsbereich. Deshalb war für mich der Besuch bei der ILA selbstverständlich Pflicht. Es war allerdings nicht nur Pflicht für mich, sondern es hat mir richtig Spaß gemacht.

Wir haben sehr viel gesehen und viel Neues über die Luft- und Raumfahrt gelernt. Es gibt dort eine riesige Bandbreite zu sehen und zu erleben. Ich habe interessante Gespräche mit Vertretern der Bundeswehr, der Luft- und der Raumfahrt geführt.

Besonders beeindruckend war die Besichtigung des A400M von innen. Hier konnten wir sogar ins Cockpit—losfliegen durften wir leider nicht...

Auch viele technische Neuerungen haben

wir uns ansehen können, so z.B. den neuen A 350, der durch seine Leichtbauweise erheblich weniger Kerosin braucht, als herkömmliche Flieger. Außerdem haben wir uns neue Triebwerke ansehen können, die um ein vielfaches leiser sind, als herkömmliche Triebwerke.

Für mich als Abgeordneten des Bremer Umlandes war auch ein Besuch bei der Firma OHB, die ihren Sitz in Bremen hat, selbstverständlich. Das Unternehmen ist aktiv in Bereichen der Luft- und Raumfahrt.



## Deutsche Wirtschaft nimmt weiter Fahrt auf

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2014 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,8 Prozent höher als im vierten Quartal 2013.

Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres (+ 0,4 Prozent im Schlussquartal 2013) an Dynamik gewonnen und liegt deutlich über dem EU28-Durchschnitt von 0,3 Prozent.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich nach vorläufigen Berechnungen ausschließlich aus dem Inland. Die privaten Haushalte und der Staat erhöhten ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn. Auch die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen stiegen deutlich.

Dagegen bremste der Außenhandel das

Wirtschaftswachstum: Nach vorläufigen Berechnungen wurden zum Jahresbeginn 2014 weniger Waren exportiert, aber deutlich mehr Waren importiert als im Schlussquartal 2013. Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich beschleunigt: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2014 um + 2,5 Prozent (kalenderbereinigt + 2,3 Prozent; EU28: + 1,4 Prozent) und damit so stark wie seit über zwei Jahren nicht mehr.

Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2014 wurde von 41,7 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 344.000 Personen oder 0,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

## Petitionsausschuss zieht Jahresfazit für 2013

In dieser Woche hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2013 an den Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert übergeben und vorgestellt. Das Petitionsrecht ist durch den Artikel 17 im Grundgesetz verankert und nimmt damit einen sehr hohen Stellenwert ein. Jeder Bürger hat das Recht, sein Anliegen an den Petitionsausschuss heranzutragen. Mit dem Tätigkeitsbericht wird eine Art Jahresfazit gezogen und besonders interessante Petitionen beispielhaft erläutert.

2013 wurden 14.800 Petitionen eingereicht, abschließend behandelt hat der Ausschuss 16.259 Eingaben. Darin enthalten sind auch Überhänge aus dem Vorjahr, denn die Arbeit des Ausschusses ist selbstverständlich fließend über die Jahreswechsel hinaus. Im weiteren Sinne positiv beschieden wurden mehr als ein Drittel der Petitionen. Das ist eine sehr gute Quote und zeigt, wie sinnvoll das Petitionsrecht als Stärkung der Bürgerinteressen ist.

Wenn viele Zuschriften zu einem bestimmten Themenbereich eingehen, können wir Abgeordnete daran gut erkennen, dass vielleicht eine Gesetzeslücke besteht oder ein Gesetzestext nachgearbeitet werden muss. Aber auch Einzelanliegen, zum Beispiel Konfliktsituationen mit Behörden, werden vielfach an den Petitionsausschuss herangetragen. Der Petitionsausschuss kann dabei keine rechtliche Beratung vornehmen oder die Gerichtsbarkeit ersetzen. Sehr wohl kann aber geprüft werden, ob die politischen Vorgaben angemessen sind oder verbessert werden sollten, um Problemsituationen zu lösen oder vorzubeugen.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Tatjana Range